

Vom Fünf- zum Sechsparteiensystem? Entwicklung und Perspektiven der rechtsextremistischen NPD

Frank Decker/Lazaros Miliopoulos



Frank Decker



Lazaros Miliopoulos

Zusammenfassung

Rechtsextremistische und -populistische Parteien bewegen sich in Deutschland in einem schwierigen gesellschaftlichen und politischen Umfeld, das Wahlerfolge unwahrscheinlicher macht als in anderen europäischen Ländern. Der Hauptgrund dafür liegt im nachwirkenden Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dennoch ist es der neonationalsozialistischen NPD in den letzten Jahren gelungen, bei Landtagswahlen mehrfach gut abzuschneiden und dadurch zur führenden Partei im rechtsextremen Lager aufzusteigen. Nachfrageseitig gründen die Wahlergebnisse auf fortbestehenden rechtsextremen Einstellungen bei einem Teil der Wählerschaft, die freilich erst durch handfeste politische Unzufriedenheit aktualisiert werden und zur Wahl der Rechtsextremisten beitragen. Fraglich und vom heutigen Zeitpunkt aus eher unwahrscheinlich ist, ob es der NPD gelingen kann, diese Überzeugungen zu verstetigen. Dagegen sprechen zum einen ihr Festhalten an der neonationalsozialistischen Ideologie, das insbesondere in den alten Bundesländern auf potenzielle Wähler abschreckend wirkt; zum anderen das organisatorische Unvermögen der Partei, die sich in internen Macht- und Richtungskämpfen zerreibt und inzwischen auch finanziell am Boden liegt.

Einleitung

Bei der Ursachenanalyse für den Erfolg rechtsextremistischer und -populistischer Parteien in der Bundesrepublik muss zwischen begünstigenden und restriktiven Faktoren unterschieden werden. Die erstgenannten verweisen auf generelle Desintegrationstendenzen der heutigen Gesellschaft, die sich in ökonomischer, kultureller und politischer Hinsicht bemerkbar machen und in vergleichbarer Form auch in anderen westlichen Demokratien angetroffen werden können. Die letztgenannten haben eher mit der speziellen Situation in Deutschland zu tun, wo das nachwirkende Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit zu einer besonderen Wachsamkeit gegenüber rechtsextremen Bedrohungen geführt hat. Hier mag einer der Gründe dafür liegen, warum es hierzulande im Unterschied zu fast allen europäischen Ländern bislang nicht zur dauerhaften Etablierung einer rechtsextremen oder -populistischen Partei gekommen ist (Decker 2005). Das anhaltend hohe Niveau rechtsextremer Gewalt bleibt davon

allerdings unberührt, weshalb eine geringere Anfälligkeit oder gar Immunität der Deutschen gegen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen nicht von vornherein unterstellt werden kann.

Extremistische Parteien in Deutschland besitzen in institutioneller Hinsicht also einen nur eingeschränkten Bewegungsspielraum. Ihren Bestrebungen stehen spezifische Instrumente „streitbarer Demokratie“ entgegen, die von präventiven Maßnahmen der Aufklärung und geheimdienstlichen Beobachtung bis hin zu Instrumenten einer „aktiven Verweigerung“ reichen. Dazu zählen unter anderem die Vereinigungs- und Parteiverbote gemäß Art. 9 Abs. 2 und Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes, der Ausschluss vom Öffentlichen Dienst gemäß Art. 33 und Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes sowie die Verfolgung sogenannter „Meinungsdelikte“ gemäß §§ 86 Abs. 1, 86a, 130 und 131 des Strafgesetzbuches. (Letztere umfassen z.B. den Einsatz von Propagandamitteln zur Fortführung verbotener NS-Organisationen, die Verwendung von Emblemen verfassungswidriger Vereinigungen, die „Völkerverhetzung“, die Leugnung oder Verharmlosung von Völkerverbrechen und die Aufstachelung zum Rassenhass.)

Seit 2000 ist vor diesem Hintergrund die Frage der Notwendigkeit, Klugheit und Angemessenheit eines Parteiverbotsverfahrens gegen die rechtsextreme NPD ein Dauerbrenner der veröffentlichten Meinung und der politischen – auch parteipolitischen – Debatte in Deutschland.

1. Das gescheiterte Verbotsverfahren gegen die NPD (2001-2003)

Als Kanzler Schröder am 3. Oktober 2000 den „Aufstand der Anständigen“ ausrief und damit dem später gescheiterten NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht den Weg bereitete, bezog sich dieses Verfahren auf eine Partei, die bei den Wahlen seit den siebziger Jahren gänzlich erfolglos geblieben war. Der Aufruf des Kanzlers und die ihm vorausgegangene Initiative des damaligen bayerischen Innenministers Günther Beckstein für ein NPD-Verbot (30. Juli 2000) hatten ihren Ausgangspunkt in zwei Anschlägen gegen jüdische Personen und Einrichtungen in Düsseldorf (27. Juli und 2./3. Oktober 2000), von denen sich später herausstellte, dass sie gar nicht von Rechtsextremen begangen worden waren.

Das Verfahren selbst musste 2003 eingestellt werden, da einer der Zeugen bis 1995 als Agent des Verfassungsschutzes in der NPD tätig war. Die reihenweise Anwerbung von sogenannten V-Leuten reichte bis in die Führungsspitze der NPD hinein. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat als antragstellende Verfassungsorgane versicherten dem Gericht zwar, dass unter den anzuhörenden Zeugen außer der enttarnten Person niemand sonst für den Verfassungsschutz gearbeitet hatte. Sie weigerten sich jedoch übereinstimmend, die Identität der für die NPD weiter aktiven V-Leute offenzulegen, wie es das Verfassungsgericht gefordert hatte. Diesem blieb deshalb aus rechtsstaatlichen Gründen keine andere Wahl, als das Verfahren gegen die NPD einzustellen. Die entscheidende rechtliche Frage war also nicht, ob die Verfassungsschutzämter V-Män-

Verfahren aus
rechtsstaatlichen
Gründen eingestellt

ner anwerben und in die Parteivorstände einschleusen durften – sofern der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz eingehalten wird, bestanden daran für das Gericht keine Zweifel.

2. Der Wiederaufstieg der NPD (2004-2006)

Beflügelt durch das gescheiterte Verbotsverfahren, das die zur Splitterpartei abgesunkene NPD ohne Not öffentlich aufwertete, reüssierten die Rechtsextremen zunächst bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2004, bevor sie im September unter Führung ihres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Holger Apfel mit 9,2 Prozent der Stimmen in den Landtag des Bundeslandes Sachsen einzogen. Die Erfolge lassen sich primär auf die geschickt angelegte Kampagne gegen die von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Sozialreformen (Hartz IV) zurückführen, die unter anderem eine Absenkung und verkürzte Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe vorsahen. Der Unmut richtete sich dabei auch gegen die CDU-geführte Landesregierung, die die Reform mit unterstützt hatte (Backes 2008: 28f.). In Sachsen fielen die Proteste zudem auf den Boden einer regionalen Langzeitstrategie, mit der sich die NPD einen Grundstock in der Wählerschaft und Mitgliederstruktur aufgebaut hatte (Steglich 2006). Hier verfügte die rechtsextremistische Partei schon seit Ende der neunziger Jahre über ihren stärksten Landesverband (Backes 2008: 36). Die hohen Jungwähleranteile bestätigten das Bild einer zunehmenden subkulturellen Verankerung der NPD im jugendlichen Milieu, das schon bei vorangegangenen Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien gerade im Osten sichtbar geworden war. Parallel dazu stieg entgegen dem langjährigen Trend aller Rechtsparteien die Mitgliederzahl der Bundespartei zwischen 2003 und 2007 um etwa 44 Prozent auf – quantitativ allerdings immer noch relativ bedeutungslose – 7.200 Personen an.

zunehmende
subkulturelle
Verankerung

Zwei Wochen vor der Aufsehen erregenden Landtagswahl in Sachsen war der Bundesvorsitzende Udo Voigt zur Oberbürgermeisterwahl in Saarbrücken angetreten und hatte 3,9 Prozent der Stimmen erhalten; bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl im Saarland – einem westlichen Bundesland – kam die NPD auf 4,0 Prozent. Von einem Bundesparteitag in seinem Amt bestätigt, gab Voigt Ende Oktober 2004 im Beisein des DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey die Bildung der so genannten „Volksfront von Rechts“ mit der DVU bekannt. Die DVU war bis zu diesem Zeitpunkt die erfolgreichere der beiden Rechtsaußenparteien gewesen. Ihren spektakulärsten Wahlerfolg verzeichnete sie bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent der Stimmen. Im Januar 2005 beschlossen beide Parteien, mit einer gemeinsamen NPD-Liste zur Bundestagswahl 2006 und einer gemeinsamen DVU-Liste zur Europawahl 2009 anzutreten. Außerdem wurden Wahlabsprachen für alle Landtagswahlen bis 2009 getroffen.

Volksfront von
Rechts

Dass ihr Erfolg in Sachsen keine Eintagsfliege war, bewies der Einzug der NPD in ein weiteres ostdeutsches Landesparlament im September 2006, als sie in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 Prozent der Stimmen erzielte (Heinrich/Schoon 2007). Die Öffentlichkeit reagierte auf dieses Ereignis auch deshalb ge-

„dritte Welle“ des
Rechtsextremismus
in der
Bundesrepublik

schockt, weil damit die „unsäglichste“ Vertreterin zur eindeutigen Nummer eins im rechtsextremen Lager geworden war. Die jetzt noch heftiger aufflammende Verbotsdiskussion gewann dadurch eine neue Qualität. Sie durfte und darf aber zwei Dinge nicht übersehen: Zum einen kommen die Wahlerfolge der Rechtsaußenparteien nicht aus heiterem Himmel. Sie sind Bestandteil der von Experten so genannten „dritten Welle“ des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Die erste Welle setzte in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein, als mehrere rechte Splitterparteien dank der noch nicht eingeführten Sperrklausel in den Bundestag einziehen konnten und bei den nachfolgenden Landtagswahlen zum Teil zweistellige Stimmenanteile erreichten. Die zweite Welle bescherte der 1964 gegründeten NPD zwischen 1966 und 1968 ebenfalls eine Reihe spektakulärer Landtagswählerfolge – die Partei konnte sieben Mal in die Parlamente einziehen –, die aber danach ebenso rasch wieder abebbte (Zimmermann/Saalfeld 1993). Die dritte Welle, die etwa Mitte der achtziger Jahre anhub und bis heute nicht abgerissen ist, hat die 1983 als CSU-Abspaltung entstandenen Republikaner drei Mal und die 1987 neu formierte DVU des Münchener Verlegers Gerhard Frey insgesamt acht Mal in die Landesparlamente gespült. Hinzu kamen Wahlerfolge anderer nicht extremer rechtspopulistischer Parteien wie der Schill-Partei, die aber ebenfalls über die regionale Ebene (Hamburg) nicht hinausreichten (Decker/Hartleb 2006). Der einzige nationale Wahlerfolg gelang den Republikanern 1989 bei der Europawahl.

Tabelle 1: Zweitstimmenanteil der Rechtsaußenparteien bei den Bundestagswahlen 1990-2005 nach Wahlgebieten Ost und West (in Prozent)

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Gesamt		
	DVU	REP	NPD	DVU	REP	NPD	DVU	REP	NPD
1990	–	2,3	0,3	–	1,3	0,3	–	2,1	0,3
1994	–	2,0	–	–	1,3	–	–	1,9	–
1998	0,8	1,9	0,1	2,8	1,5	0,7	1,2	1,8	0,3
2002	–	0,6	0,3	–	0,5	1,2	–	0,6	0,4
2005	–	0,6	1,1	–	0,4	3,6	–	0,6	1,6

Tabelle 2: Zweitstimmenanteil der Rechtsaußenparteien bei den Europawahlen seit 1989 (in Prozent)

	REP	DVU	NPD
Europawahl 1989	7,1*	1,6	–
Europawahl 1994	3,9	–	0,2
Europawahl 1999	1,7	–	0,4
Europawahl 2004	1,9	–	0,9

* Mit sechs Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten.

Tabelle 3: Landtagswahlergebnisse der Rechtsaußenparteien über 3 Prozent seit 1987. Fett markierte Ergebnisse signalisieren den Einzug in die jeweiligen Parlamente

Republikaner	DVU	NPD
	1987, <i>Bremen</i>	3,4*
1989, <i>West-Berlin</i>	7,5	
1990, <i>Berlin</i>	3,1	
	1991, <i>Bremen</i>	6,2
1992, <i>Baden-Württemberg</i>	10,9	6,3
1993, <i>Hamburg</i>	4,8	
1994, <i>Niedersachsen</i>	3,7	
1994, <i>Bayern</i>	3,9	
1996, <i>Rheinland-Pfalz</i>	3,5	
1996, <i>Baden-Württemberg</i>	9,1	1996, <i>Schleswig-Holstein</i> 4,3
		1997, <i>Hamburg</i> 4,9
1998, <i>Bayern</i>	3,6	1998, <i>Sachsen-Anhalt</i> 12,9
		1999, <i>Bremen</i> 3,0*
		1999, <i>Brandenburg</i> 5,3
		1999, <i>Thüringen</i> 3,1
2001, <i>Baden-Württemberg</i>	4,4	
		2004, <i>Saarland</i> 4,0
2004, <i>Sachsen</i>	3,4	2004, <i>Brandenburg</i> 6,1
		2004, <i>Sachsen</i> 9,2
		2006, <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> 7,3
		2006, <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> 7,3
		2007, <i>Bremen</i> 2,7*

* Wegen der getrennten Geltung der Fünf-Prozent-Hürde in den zum Bundesland Bremen gehörenden Städten Bremen und Bremerhaven im Landesparlament vertreten.

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Daten der Statistischen Landesämter

Zum anderen muss darauf hingewiesen werden, dass Parteien und Wahlerfolge nicht die einzige Äußerungsform des Rechtsextremismus sind. Parallel dazu beobachten wir in der Bundesrepublik seit der Vereinigung ein starkes Anwachsen fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem motivierter Gewaltakte. Ihren Höhepunkt erreichten die zumeist unter der Beteiligung rechtsextremer Skinheads verübten Delikte in den Jahren 1991 und 1992, als sie die Anzahl linksextremer Gewalttaten in Deutschland zum ersten Mal überstiegen. Ab etwa 1995 pendelten sie sich auf einem niedrigeren Niveau ein, das aber immer noch fast zehnmal höher lag als im Durchschnitt der achtziger Jahre und bis heute durchträgt (Backes 2007a: 27f.). Die Zahl der Gewalttaten war und ist dabei im Osten etwa dreimal so hoch wie im Westen (Schroeder 2003).

Dass der NPD heute sehr viel größere Aufmerksamkeit geschenkt wird und Empörung entgegenschlägt als den anderen Vertretern des rechten Lagers oder dem gleichbleibend hohen Niveau an rechtsextrem motivierten Gewalttaten, liegt im wesentlichen an drei Dingen: *Erstens* handelt es sich um eine Partei, die ihre ideologische Nähe zum Nationalsozialismus allenfalls aus taktischen Gründen verbirgt. Geschichtsrevisionismus spielt bei ihr eine größere Rolle als bei

Geschichts-
revisionismus

Kampf um die
Köpfe, die Straße
und die Parlamente

Republikanern und DVU, deren Akzent hauptsächlich auf Fremdenfeindlichkeit liegt. *Zweitens* ist es den Rechtsextremen gelungen, das Bundesland Sachsen gezielt zu einer Hochburg auszubauen und dort in bestimmten Gegenden tief in die Kapillaren der Gesellschaft einzudringen. Ihre Bekämpfung wird dadurch naturgemäß schwieriger. Und *drittens* scheint die NPD-Strategie des gleichzeitigen Kampfes um die Köpfe, die Straße und die Parlamente tatsächlich manche Früchte abzuwerfen. Hinzu kommt, dass ein Teil der NPD-Funktionäre als geschulte Kader in der Lage sind, halbwegs professionell zu agieren; das stellt die etablierten Parteien, die sich in der Vergangenheit auf die Selbstzerstörungskraft ihrer Herausforderer verlassen konnten, vor eine ungewohnte Situation. Entsprechend unbeholfen haben sie auf die gezielten Provokationen der Rechtsextremen in der Vergangenheit häufig reagiert.

Heißt das nun, dass die Zeit der nur gelegentlichen Wahlerfolge vorbei ist und die bundesdeutsche Demokratie die dauerhafte Etablierung einer rechtsextremen Partei fürchten muss? Um diese Frage zu beantworten, werden wir zunächst einen Blick auf die Nachfrageseite des Wählers werfen und prüfen, ob und warum ein Nährboden für rechtsextreme Wahlerfolge auch in Deutschland vorhanden sein könnte. Anschließend wird in bezug auf die NPD erörtert, wie sich der Rechtsextremismus heute in ideologischer Hinsicht präsentiert, bevor wir in einem weiteren Teil auf die organisatorische Entwicklung der Partei zu sprechen kommen. Die Darstellung endet mit einer Bilanzierung der Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus auf gesamtdeutscher Ebene und in den neuen Bundesländern.

3. Die Nachfrageseite: Einstellungs- oder Protestwahl?

populistische
Wähleransprache

In der Wahl- und Parteienforschung gibt es eine breit geführte Debatte darüber, ob es eher Protestgründe oder politische Einstellungen sind, die Wähler zur Unterstützung einer Rechtsaußenpartei veranlassen (Falter/Klein 1994). Protestparteien zeichnen sich dadurch aus, dass sie Unzufriedenheit bekunden. Sie unterziehen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse einer Radikalkritik und haben es hier insbesondere auf das „Establishment“ abgesehen. Die Fähigkeit zur populistischen Wähleransprache stellt insofern eine wichtige Erfolgsbedingung für den Extremismus dar. Sie kann erklären, warum nicht-extremistische rechtspopulistische Parteien europaweit in der Summe besser abschneiden als rechtsextreme Parteien, denen es an populistischen Qualitäten mangelt. Zu den letzteren ist auch die NPD zu rechnen. Diese greift in ihrer Ideologie und Wähleransprache zwar auf populistische Elemente zurück, die der extremistischen Grundausrichtung aber stets nachgeordnet bleiben. Ihre aktuelle Stärke im rechten Lager erklärt sich daher zunächst einmal aus dem Fehlen bzw. der Erfolglosigkeit anderer rechtspopulistischer Parteien, während die Schwäche der NPD im Gesamtrahmen des Parteiensystems auch darauf zurückgeführt werden kann, dass ihr die linkspopulistische Konkurrenz der PDS bzw. der Linken zum Teil das Wasser abgräbt (Decker/Hartleb 2006: 211ff.).

Wendet man den Blick in Richtung Wähler, so liegt ein Problem der Protestwahlthese darin, dass sie an die Vorstellung einer prinzipiellen Rückkehrbe-

reitschaft der abtrünnigen Wähler gebunden ist. Diese scheint bei den erfolgreichen Vertretern des europäischen Rechtspopulismus aber immer weniger gegeben, die sich in den Parteiensystemen längst auf Dauer festgesetzt haben. Die Rede von der Protestwahl macht von daher nur bei solchen Gründen der Unzufriedenheit Sinn, die durch politische Gegenmaßnahmen bald ausgeräumt und den Rechtsaußenparteien wieder entwunden werden können. Veränderungen der Wert- und Interessenlagen ganzer Bevölkerungsgruppen, die zu einer langfristigen Neuausrichtung der sozialen Konfliktstruktur führen, lassen sich mit ihr nicht einfangen (Decker 2004: 181ff.).

An dieser Stelle knüpft die Modernisierungsverliererthese an. Der Aufstieg der rechtspopulistischen und -extremen Parteien wurzelt danach in grundlegenden sozial-ökonomischen und -kulturellen Veränderungen der nachindustriellen Gesellschaft, die durch global wirkende Modernisierungsprozesse ausgelöst werden. Wachsende Einkommensunterschiede und kulturelle Marginalisierungstendenzen drücken Teile der Bevölkerung an den Rand, die sich von den etablierten Parteien und Eliten in ihren Interessen nicht mehr vertreten fühlen. Den empirischen Beleg dafür liefert die zunehmende „Proletarisierung“ der rechtspopulistischen und -extremen Wählerschaft seit Mitte der neunziger Jahre. Dennoch sollte man auch die diese Erklärungsformel nicht überstrapazieren. Wie die Wahlanalysen zeigen, werden die rechten Herausforderer zugleich von solchen Wählern unterstützt, denen es materiell durchaus (noch) gut geht, die aber Verlustängste haben und nicht bereit sind, ihren sauer erworbenen Wohlstand mit anderen Bevölkerungsgruppen zu teilen. Ihr Ressentiment richtet sich dabei besonders gegen die Zuwanderer. Die „Wohlfahrtschauvinisten“ teilen mit den Modernisierungsverlierern das Gefühl, zum benachteiligten und abstiegsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören. Im Kern handelt es hier um ein tieferliegendes sozialkulturelles Problem, das vom Bedürfnis nach Zugehörigkeit kündigt und eine Folge gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse darstellt. Deshalb liegt die Vermutung nahe, dass die Wählerschaft der neuen Rechtsparteien weniger durch sozialstrukturelle Merkmale als durch gemeinsame Wertvorstellungen zusammengehalten wird (Arzheimer 2008).

Modernisierungs-
verliererthese

Wohlfahrts-
chauvinisten

Für die Richtigkeit der Protestthese spricht, dass rechtsextreme Einstellungen zur Wahl einer rechtsextremen Partei nicht automatisch beitragen, sondern erst im Zusammentreffen mit politischer Unzufriedenheit – das Fortbestehen eines rechtsextremen „Bodensatzes“ der Wählerschaft auch in Deutschland unterstellt, wäre die relative Erfolglosigkeit solcher Parteien hierzulande ja ansonsten kaum zu erklären. Auch die Tatsache, dass die rechtsextremen Einstellungen in der ostdeutschen Bevölkerung keineswegs stärker ausgeprägt zu sein scheinen als in der westdeutschen, verweist auf die Bedeutung des Protestmotivs, wobei die entsprechenden Befunde einer Studie allerdings mit Vorsicht zu genießen sind (Decker/Brähler 2006, zur methodischen Kritik vgl. Schroeder 2007, Neu 2009: 46ff.). Ebenso wichtig ist aber auch der umgekehrte Zusammenhang: Eine Proteststimmung bedarf der Verbindung mit rechtsextremen Überzeugungen, um die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl zu erhöhen. Sind diese Überzeugungen nicht vorhanden, äußert sich die Unzufriedenheit eher als Nichtwahl, oder wird sie von den bestehenden Parteien absorbiert. Die Wirkung des Protests ist also dergestalt, dass er verborgene oder zurückgedrängte rechtsextreme Einstellungen aktualisiert

und politisch „hervorholt“. Damit wird die zugrunde liegende Unzufriedenheit zur entscheidenden Bestimmungsgröße, um den wechselhaften Erfolg der rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik zu erklären.

4. Die neonazistische Ideologie als Erfolgshindernis

Die Frage lautet nun, ob die Möglichkeit besteht, dieses Protestwählerpotenzial mittel- und langfristig zu „ideologisieren“, wie es der NPD-Führung unter Udo Voigt offenbar vorschwebt. Bewahrt die Partei ihren organisatorischen Zusammenhalt und fehlt es weiterhin an einem nicht-extremistischen Rechtspopulismus, der ihr Konkurrenz machen könnte, scheint eine solche Vorstellung zumindest für den Osten der Republik keineswegs abwegig zu sein, sofern das Unzufriedenheitsniveau hoch bleibt und die Protestgründe fortbestehen. Über den Osten hinaus wäre eine solche Strategie aber wohl nur dann erfolgversprechend, wenn die NPD ihre weltanschauliche Basis in der Außenpräsentation verbreitern und den nationalistisch-völkischen Kern ihrer Ideologie in ein Programm mit publikumswirksamen Mobilisierungsmomenten einbetten könnte, das z.B. aus sozialpopulistischen, kapitalismuskritischen oder antiamerikanischen Versatzstücken besteht. Genau das kann die Partei bisher aus zwei Gründen nicht leisten: zum einen aufgrund ihres programmatisch-ideologischen Selbstverständnisses, das einer neonationalsozialistischen, revolutionären Logik verhaftet bleibt, zum anderen – damit zusammenhängend – wegen ihrer Zusammenarbeit und organisatorischen Vernetzung mit den gewaltbereiten „freien nationalistischen Kräften“. Trotz aller Beschwichtigungsversuche hält das NPD-Programm an einem umfassenden, völkisch geschlossenen Nationalisierungs- und Vertreibungsprojekt fest, das die zugewanderte Bevölkerung aus Deutschland in ihre Herkunftsländer „zurückführen“ möchte (Kailitz 2007, Brandstetter 2007). Sogar DVU-Chef Frey sah sich während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 veranlasst, dunkelhäutige Nationalspieler dagegen in Schutz zu nehmen. Hinzu gesellen sich geschichtsapologetische Tendenzen und ein großdeutscher Grenzrevisionismus. Die Partei tritt zudem für eine zinsfreie, nach außen hin abgeschottete und staatlich gelenkte Volks- und Raumwirtschaft ein – wenn auch unter grundsätzlicher Akzeptanz des Privateigentums (Backes 2007b).

Insbesondere in den alten Bundesländern wirken diese ideologischen Kontinuitätslinien äußerst abschreckend. Daher ist die NPD im Westen der Republik bestrebt, ihren extremistischen Charakter vor der Wählerschaft tunlichst zu verbergen, indem sie sich z.B. als Bürgerinitiative „verkleidet“. So standen bei den letzten Kommunalwahlen in München und Nürnberg hinter der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ führende Vertreter der NPD. Gemessen an den Wahlergebnissen war der Versuch, sich ein gemäßigteres Erscheinungsbild zuzulegen, bislang allerdings wenig erfolgreich. So gelangte die NPD bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern (September 2008) und Hessen (Januar 2009) über Stimmenanteile von 1,2 bzw. 0,9 Prozent nicht hinaus.

Anders sieht das Bild im Osten aus. Weil die demokratischen Überzeugungen hier insgesamt weniger gefestigt sind, antikapitalistische Positionen aus der DDR-Vergangenheit tradiert wurden und die Erfahrung einer multikulturellen

Nationalisierungs-
und
Vertreibungsprojekt

antikapitalistische
Positionen aus der
DDR-Vergangenheit

Einwanderungsgesellschaft bis 1990 fehlte, bieten sich in den neuen Ländern mehr potenzielle Anknüpfungspunkte für rechtsextremes Denken als in der Altbundesrepublik (Backes 2008: 20ff.). Insofern macht sich die NPD den oben beschriebenen Umstand zunutze, dass auch Protestwahlverhalten ideologisch nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern mit extremen Einstellungen und Wertüberzeugungen einhergehen kann. Gelingt es den Anbietern rechtsextremistischer Ideologien, solche Überzeugungen anzusprechen und zu verstetigen, haben sie zumindest die theoretische Chance, ihre Wählerschaft stärker an sich binden (Miliopoulos 2007). Der NPD scheint das in Teilen Ostdeutschlands – insbesondere in Sachsen – bis zu einem gewissen Grade gelungen zu sein. Ob sie diesen Erfolg erhalten und auf die anderen Bundesländer übertragen kann, hängt von zwei Dingen ab. Zum einen müsste sie in der Lage sein, als Organisation professionell zu agieren, das heißt vor allem geschlossen aufzutreten und ihre Position als führende Kraft im rechtsextremen Spektrum zu verteidigen. Zum anderen entscheidet es sich an der Integrationskraft der beiden großen Volksparteien, denen es bislang noch stets vergönnt war, das Gros der offen oder latent rechtsextrem eingestellten Wähler für sich zu vereinnahmen. Speziell in Ostdeutschland gilt dasselbe für die vormalige PDS und heutige Partei *Die Linke*, die ein Großteil des dortigen Protestwählerspektrums absorbiert.

5. Organisationsdefizite und innerparteiliche Machtkämpfe

Im gesamtstaatlichen Kontext bleibt die Erfolglosigkeit der rechtsextremen Parteien notorisch. Das beste Ergebnis der NPD bei den Bundestagswahlen liegt inzwischen 40 Jahre zurück (1969 mit 4,3 Prozent). Auch Republikaner und DVU sind seit ihrer Gründung in den achtziger Jahren über geringfügige Stimmenanteile nicht hinausgekommen. Für die Schwäche lassen sich eine Reihe von Gründen anführen, von denen der wichtigste sicher im „Schatten Hitlers“ zu suchen ist. In Deutschland steht jegliche Form des Rechtsextremismus in der „Gefahr“, stigmatisiert zu werden – und zwar nicht nur in rechtlicher, sondern auch in politischer und sozialer Hinsicht. Entsprechend kritisch ist der Umgang der Öffentlichkeit mit den rechtsextremen Anbietern, die von Seiten der Medien auf keinerlei publikumswirksame Unterstützung rechnen können.

Umso wichtiger wäre es für die Parteien, sich diese Wirkung durch eine populistische Wähleransprache selbst zu verschaffen. Gerade hier herrscht aber – von wenigen kurzzeitigen Ausnahmen abgesehen – Fehlanzeige. Weder verfügen die Parteien über eine charismatische, kommunikativ begabte Führerfigur an ihrer Spitze, die ihnen Aufmerksamkeit verschaffen könnte, wie es bei vielen neu gegründeten rechtspopulistischen Vertretern in Europa der Fall war und ist. Noch sind sie in der Lage, die Wählerschaft mittels einer populistischen Strategie zu umwerben. Dass beides zusammengenommen eine wichtige Erfolgsbedingung systemoppositioneller Parteien ausmacht, beweist der starke Wählerzuspruch der neu entstandenen gesamtdeutschen Linkspartei unter ihren Matadoren Gregor Gysi und Oskar Lafontaine (Rensmann 2006: 85f.). Der Linken kommt dabei auch zugute, dass sie über den Verdacht, eine harte extremistische

keine
charismatische,
kommunikativ
begabte Führerfigur

Partei zu sein, erhaben ist. NPD, DVU und Republikanern stand bzw. steht dagegen im Wählerwettbewerb gerade ihr extremistischer Charakter im Wege.

Dies wirkt sich auch auf das Innenleben der Partei nachteilig aus. Weil es extremistischen Parteien an geregelten demokratischen Strukturen fehlt, die einen friedlich-schiedlichen Konfliktaustrag ermöglichen, unterliegen sie einem hohen Risiko, an internen Richtungskonflikten und Machtrivalitäten zugrunde zu gehen. Ob sich die in Wahlkämpfen unverzichtbare Geschlossenheit im Auftreten herstellen lässt, hängt darum in erster Linie von der Überzeugungskraft der Person an ihrer Spitze ab. Ist diese Überzeugungskraft nicht vorhanden oder hat sie sich im Laufe der Zeit verbraucht, droht der Zusammenhalt der Partei zu schwinden. Dies gilt insbesondere dann, wenn Wahlerfolge, die zur inneren Festigung der Organisation beitragen könnten, ausbleiben. Im Falle der NPD kann von einem wie immer gearteten persönlichen Nimbus weder beim Vorsitzenden Udo Voigt noch bei den starken Männern in der zweiten Reihe, Jürgen Rieger und Udo Pastörs, die Rede sein. Daher ließ sich die Geschlossenheit der Partei bisher nur über die Einbindung aller nationalistischen Kräfte erreichen. Genau damit gerät die Partei aber zunehmend in eine Sackgasse, da eine zu starke Betonung des „Kampfes um die Straße“ eine Verbreiterung der Wählerbasis unmöglich macht.

Spätestens seit dem Jahre 2008 ist der Macht- und Richtungskampf in der NPD voll entbrannt. Fehlende Wahlerfolge im Westen und Unregelmäßigkeiten in der Verwendung von Spendengeldern und Mitteln aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die die Partei finanziell an den Abgrund brachten, setzten den Vorsitzenden Voigt unter Druck. Dieser konnte seine Haut fürs erste retten, weil ihm mit Jürgen Rieger der wichtigste Geldgeber der Partei zur Seite stand. Rieger, der nach einer Kampf abstimmung gegen Generalsekretär Peter Marx, den einflussreichsten Vertreter des „gemäßigten“ Flügels, im Mai 2008 als stellvertretender Vorsitzender in die Parteispitze eingerückt war, gilt als einer der Exponenten des radikalen, neonationalistischen Kurses. Anders als Marx und der stellvertretende niedersächsische Landesvorsitzende Andreas Molau, der von den beiden Fraktionsvorsitzenden der Partei in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, Holger Apfel und Udo Pastörs, zu einer Kandidatur gegen Voigt um den Bundesvorsitz überredet worden war, möchte Rieger am Bündnis mit den Kameradschaften der „freien Szene“ unbedingt festhalten.

Nachdem Molau die Aussichtslosigkeit seiner Kandidatur erkannt hatte, erklärte sich Pastörs im Februar 2009 selbst bereit, gegen Voigt als Parteivorsitzenden anzutreten. Dabei erhielt er die Rückendeckung von Marx und Apfel, die ihr Verbleiben im Vorstand von Pastörs' Wahl abhängig machten. Der Machtkampf in der Partei war damit in ideologischer und strategischer Hinsicht eher noch unübersichtlicher geworden. Denn einerseits gehört Pastörs zu den erklärten Gegnern Riegers, andererseits zählt er zu den ideologischen „Hardlinern“ der NPD, für die der „Kampf um die Straße“ ebenso wichtig bleibt wie der „Kampf um die Parlamente“ und „die Köpfe.“

Voigt konnte sich auf dem Bundesparteitag Anfang April in Berlin nicht nur gegen Pastörs klar durchsetzen, sondern mit Rieger und Frank Schwerdt aus Thüringen auch zwei seiner Gefolgsmänner als Stellvertreter platzieren. Gleichzeitig zog mit Thomas Wulff aus Mecklenburg-Vorpommern ein weiteres Mitglied der militanten Kameradschaftsszene in den erweiterten Vorstand ein.

Bündnis mit den Kameradschaften der „freien Szene“

Voigts einstige Weggefährten Marx, Pastörs und Apfel traten den Rückzug an. Der radikale und militante Flügel hatte auf ganzer Linie gesiegt. Apfel reagierte darauf mit der Ankündigung eines eigenen „sächsischen Wegs“ der NPD, was auf eine Fortsetzung der innerparteilichen Richtungskämpfe hindeutet und das strategische Dilemma der Partei weiter verschärfen dürfte. Dieses Dilemma besteht darin, dass sich die Strategie der Einbindung der – auch untereinander zerstrittenen – nationalistischen Kräfte mit einer Strategie der Professionalisierung nicht verträgt. Die Rechtsextremisten können von daher auf weitere Wahlerfolge (insbesondere im Westen) erst hoffen, wenn es ihnen gelingt, den „Kampf um die Straße“ mehr und mehr überflüssig zu machen.

Der radikale und militante Flügel hat gesiegt

6. Perspektiven der NPD

Auf mittlere Sicht spricht wenig dafür, dass sich das Parteiensystem der Bundesrepublik durch die dauerhafte Etablierung einer rechtsextremen Kraft zu einer Sechs-Parteien-Struktur erweitern könnte. Auch die NPD als derzeit dominierende Vertreterin im rechtsextremen Lager dürfte dazu nicht in der Lage sein. Ihre strukturelle Schwäche ist zumindest im Westen der Republik so groß, dass sie selbst von günstigen politischen Gelegenheiten wie dem Protest gegen die Sozial- und Arbeitsmarktreformen kaum profitiert hat. Die Abneigung gegen die Partei sitzt gerade in den alten Bundesländern tief. Ohne eruptive Umbrüche in der deutschen Gesellschaft werden die „Nationaldemokraten“ daher keine Chance haben, auf Bundesebene Nennenswertes zu bewegen.

strukturelle Schwäche im Westen der Republik

Andererseits ist die NPD auf der Angebotsseite immer noch am besten unter den „Kleinparteien“ aufgestellt: Sie verfügt über eine relativ hohe Mitgliederzahl mit vergleichsweise vielen jungen Mitgliedern, einen relativ hohen Anteil von Aktivisten, einen festen Stamm an hauptamtlichem Parteipersonal und eine regelmäßig erscheinende Parteizeitschrift (die „Deutsche Stimme“). Außerdem entscheidet sie mit Bedacht, an welchen nationalen und regionalen Wahlen sie teilnimmt. Mithilfe ihrer Vorfeldorganisationen entfaltet die NPD eine rege, medienwirksame Werbetätigkeit, die sich auch moderner Kommunikationsmittel (Internet) bedient. Zuletzt sorgten NPD-Aktivisten wieder für Aufsehen, als sie gezielt Werbe-CDs auf deutschen Schulhöfen verteilten. Als durchaus professionell erweist sich des Weiteren die Landtags- und Kampagnentätigkeit. In Ostdeutschland ist es der NPD durch ihre kommunale Basisarbeit gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass sie sich als Partei um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmert. Gibt sie sich dadurch einen betont bürgerlichen Anstrich, setzt sie auf der anderen Seite auf wohlkalkulierte Provokationen und Regelverstöße, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen.

In den neuen Bundesländern scheint sich die politische und gesellschaftliche Präsenz der NPD langfristig zu verfestigen. Über die demographischen Faktoren hinaus – in manchen ostdeutschen Regionen kommen auf 100 Prozent junge Männer nur noch 80 bis 90 Prozent gleichaltrige Frauen (Kröhnert/van Olst/ Klingholz 2004: 13) – sorgen hier auch die günstigen politischen Gelegenheitsstrukturen dafür, dass mit einem baldigen Verschwinden der Partei als politisch-gesellschaft-

Verfestigung in den neuen Bundesländern

liche Macht nicht zu rechnen ist. Als Regional- und Milieupartei (Spier 2007) überleben kann die Partei aber auch in Ostdeutschland nur, wenn sie ihren Zusammenhalt bewahrt, was nach den jüngsten innerparteilichen Zerwürfnissen keineswegs sicher ist. Die Stabilisierung der eigenen Organisation bleibt von daher die eigentliche Achillesferse, die über Erfolg oder Misserfolg entscheidet.

Literatur

- Arzheimer, Kai (2008), *Die Wähler der extremen Rechten 1980 – 2002*, Wiesbaden.
- Backes, Uwe (2007a), Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – Vergleichende Betrachtungen, in: *Politische Studien* 58 (1), S. 31-43.
- Backes, Uwe (2007b), Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im europäischen Vergleich, in: Backes/Steglich, S. 301-316
- Backes, Uwe (2008), Die Entzauberung der Extremisten? Erfolgsbedingungen der NPD im internationalen Vergleich, St. Augustin /Berlin (Konrad-Adenauer-Stiftung).
- Backes, Uwe/Henrik Steglich, Hg. (2007), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden.
- Decker, Frank (2004), *Der neue Rechtspopulismus*, 2. Aufl., Opladen.
- Decker, Frank (2005), In Hitlers Schatten, in: *Die Zeit* vom 9. Februar, S. 6.
- Decker, Frank/Florian Hartleb (2006), Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik, in: Frank Decker (Hg.), *Populismus in Europa*, Bonn, S. 191-215.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler (2006), *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin 2006 (Friedrich Ebert-Stiftung).
- Falter, Jürgen/Markus Klein (1994), *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München.
- Heinrich, Gudrun/Steffen Schoon (2007), The 2006 Landtag Election in Mecklenburg-Western Pomerania, in: *German Politics* 16 (4), S. 526-533.
- Kailitz, Steffen (2007), Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Backes/Steglich, S. 337-354
- Kröhnert, Steffen/Nienke van Olst/Reiner Klingholz (2004), *Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation*, Berlin.
- Miliopoulos, Lazaros (2007), Strategische Ansätze, Potenziale und Perspektiven der NPD, in: Backes/Steglich, S. 121-141.
- Neu, Viola (2009), *Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen*, Sankt Augustin/Berlin (Konrad Adenauer-Stiftung).
- Rensmann, Lars (2006), The Electoral Campaigns and Performances of Extreme Right Parties in the Bundestagswahl 2005, in: Eric Langenbacher (Hg.), *Launching the Grand Coalition*, New York/Oxford, S. 69-94.
- Schroeder, Klaus (2003), *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich*, Paderborn u.a.
- Schroeder, Klaus (2007), Expertise zu „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“, in: *Politische Studien* 58 (1), S. 83-119.
- Spier, Tim (2007), Regionale Varianz bei der Wahl der NPD – Eine wahlökologische Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen, in: Backes/Steglich, S. 75-102.
- Steglich, Henrik (2006), *Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004*, 2. Aufl., Göttingen.
- Zimmermann, Ekkart/Thomas Saalfeld (1993), The Three Waves of West German Right-Wing Extremism, in: Peter H. Merkl / Leonard Weinberg (Hg.), *Encounters with the Contemporary Radical Right*, Boulder / San Francisco/Oxford, S. 50-74.